

AfD versus ELKB – Faktensammlung von Martin Becher, September 2025

Die „Alternative für Deutschland“ hat sich insbesondere seit dem Ausstieg von Jörg Meuthen Ende Januar 2022 endgültig zu einer extrem rechten Partei gewandelt. Der schon immer vorhandene völkische Kern der Partei ist tonangebend, andere Kräfte wie **Alice Weidel** passen sich in Inhalt und Rhetorik immer stärker dem dominanten, offiziell aufgelösten "Flügel" an – so in ihrer Rede zur Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag am 16. Mai 2018: "Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern!"

Eine im September 2025 veröffentlichte [Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung](#) entwickelt eine Typologie rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien in Europa:

- (1) **autoritär-rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Anti-Systemparteien,**
- (2) nationalistisch-rechtspopulistische Parteien mit ambivalenter Haltung zur Demokratie und EU sowie
- (3) gemäßigt-rechtspopulistische und konservative Kräfte, die im demokratischen Rahmen kooperationsfähig sind.

Sie **rechnet die AfD der ersten Kategorie zu** und kommt zum Schluss: „Angesichts des extremistischen Charakters der AfD leiten sich aus dieser Studie insofern keine Hinweise ab, mit denen sich eine Zusammenarbeit mit der AfD begründen ließe.“

Diese Einschätzung bestätigt die **Einstufung des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV)**, das die AfD nach einem umfangreichen Gutachten des Verfassungsschutzes für den internen Gebrauch seit dem 2. Mai 2025 als „**gesichert rechtsextremistisch**“ einstuft. „Die Behörde begründet die Einstufung mit der ‚menschenwürdeverachtenden und extremistischen Prägung der Gesamtpartei‘ sowie einem ‚ethnisch-abstammungsmäßigen Volksverständnis‘, das mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sei. Ziel der Partei sei laut BfV, bestimmte Bevölkerungsgruppen von einer gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe auszuschließen.“, so u.a. die [tagesschau am 2.5.2025](#).

Inhaltlich sprechen vier Aspekte für die Unvereinbarkeit der AfD und ihrer Positionen mit denen unserer Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern. Alle – in der folgenden Auswahl aus unzähligen Belegbeispielen – kursiv/fett genannten Personen sind Mitglieder der neuen AfD-Bundestagsfraktion. Die Recherche zu diesen Personen findet sich im Artikel „Sittengemälde einer Fraktion“ aus DIE ZEIT, Nr. 13/2025, 27. März 2025, S. 3. Es gibt keine Meldungen zu Gegendarstellungen im Zusammenhang mit diesem Artikel.

1. Völkischer Nationalismus: Das Volk ist im Denken der AfD eine Abstammungs- und "Blutgemeinschaft". Das Konstrukt des „Völkischen Nationalismus“ steht dem gedeihlichen Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft, religiöser Zugehörigkeit und kultureller Prägung im Sinne der ELKB diametral entgegen. (vgl. [Wort von Landessynode und Landeskirchenrat](#), Coburg 2024, sowie Deutsche Bischofskonferenz, 2024). **Kay-Uwe Ziegler** beendete eine

Rede mit der SA-Losung "Alles für Deutschland". **Udo Hemmelgarn** vertritt die Verschwörungserzählung vom großen Bevölkerungsaustausch und benutzt dabei den Neonazi-Begriff "Umvolkung". **Karsten Hilse** behauptet, die Bundesregierung wolle "Deutschland als Nationalstaat auslöschen". **Carolin Bachmann** bezeichnet Migranten als "Invasoren".

2. Menschenfeindlichkeit, Ablehnung der unveräußerlichen Menschenwürde: Die AfD verfolgt eine Politik der Ab- und Ausgrenzung insbesondere gegen Migrantinnen und Migranten, Musliminnen und Muslime, nicht heterosexuell lebenden Menschen sowie zunehmend gegenüber Frauen. Dies widerspricht diametral der für ELKB und Grundgesetz selbstverständlichen gleichen Würde aller Menschen (vgl. Wort des Landeskirchenrats, Coburg 2024, sowie Deutsche Bischofskonferenz, 2024). **Maximilian Krah** schrieb 2023, er wolle mehr als 23 Millionen Menschen remigrieren, auch solche mit deutschem Pass. **Thomas Ladzinski** schrieb über eine Transperson: "Ein paarmal zu oft aus dem falschen Kanister getrunken". **Lars Schieske** bezeichnet Muslime als "nicht integrierbar". **Nicole Höchst** verglich 2019 Angela Merkel mit Adolf Hitler und sieht einen Zusammenhang zwischen Klimazonen und der Höhe des IQs.

3. Ablehnung von Erinnerungspolitik und Anerkennung von Singularität der Verbrechen des NS: Für die gesamte Evangelische Kirche in Deutschland ist seit dem Stuttgarter Schuldbekenntnis vom 19. Oktober 1945 das Bekennen einer Mitschuld deutscher evangelischer Christen an den Verbrechen des Nationalsozialismus identitätsstiftend. Die AfD betreibt systematisch den Versuch, die deutsche Geschichte umzudeuten: Deutsche sollen als Opfer und nicht als Täter wahrgenommen werden, die Einzigartigkeit der NS-Verbrechen insbesondere gegenüber Jüdinnen und Juden wird relativiert. So von **Alexander Gauland** am 2. Juni 2018 beim Bundeskongress der Jungen Alternative: "Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte". **Björn Höcke** fordert in seiner Dresdner Rede am 17. Januar 2017 eine "erinnerungspolitische Wende um 180 Grad" und wirft den Deutschen vor, "sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt" zu haben. **Matthias Helferich** bezeichnet sich in geleakten Chats aus den Jahren 2016 und 2017 als "das freundliche Gesicht des NS". (DIE ZEIT, 10/2025, 6. März 2025). **Karsten Hilse** beklagt einen "Schuldkult aus zwei Weltkriegen". **Ruben Rupp** sagte auf TikTok: "Wir haben keine historische Schuld, wir schulden absolut niemandem etwas!"

4. Verleumdung, Hass, Hetze, (Gewaltan-)Drohung als Mittel der politischen Auseinandersetzung und zum Erreichen der eigenen Ziele: Permanente Provokationen in Form und Wort, Überzeichnungen und Aggression sind Kennzeichen der AfD, was im politischen Tagesgeschäft zu Rekorden an Ordnungsrufen führt. Der Kompromiss und der sachliche Austausch von Argumenten als Mittel demokratischer Politik werden gezielt untergraben. In den Sozialen Medien werden Verleumdung, Hass und Hetze bis zur Einschüchterung systematisch betrieben. **Björn Höcke** führt 2018 in seinem Buch u.a. aus: "Man wird, so fürchte ich, nicht um eine Politik der "wohltemperierten Grausamkeit" herumkommen." (S. 254 ff) Es sei unumgänglich, dass "wir leider ein paar Volksteile verlieren werden, die zu schwach sind oder nicht willens, sich der fortschreitenden Afrikanisierung, Orientalisierung und Islamisierung zu widersetzen". **Birgit Malsck-Winkemann** (ex-MdB der AfD) arbeitete in der Terrorzelle "Patriotische Union" um Heinrich XIII. Prinz Reuß mit, die laut Ermittlungen von Polizei und Justiz einen Staatsstreich plante, der die demokratische Ordnung in Deutschland gewaltsam beseitigen sollte. Im Dezember 2022 wurden bei bundesweiten Razzien zahlreiche Personen dieser Terrorzelle verhaftet, Waffen beschlagnahmt und das Netzwerk zerschlagen.